

II- 3460 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. Mai 1974 No. 1699/J

Dringliche Anfrage

=====

der Abgeordneten Dr. MOCK, DDr. KÖNIG, Dr. KOHLMAIER
und Genossen

an den Bundesminister für Verkehr

betreffend politische Zwangspensionierung der Vorstandsdirek-
toren der ÖBB, Generaldir. Dr. Karl Kalz und Hofr. Dr. Oskar Plätz.

Die Österreichischen Bundesbahnen sind der größte und bedeutend-
ste Bundesbetrieb. Ihr Vorstand ist durch das unter der ÖVP-Re-
gierung beschlossene Bundesbahngesetz zur wirtschaftlichen Füh-
rung verpflichtet. Betriebsfremde soziale Lasten, die der Bundes-
bahn aus volkswirtschaftlichen Gründen auferlegt werden, sind
vom Bund gesondert abzugelten. Die SPÖ-Regierung hat mit der Novelle zum
BB-Gesetz das seinerzeit von der sozialistischen Opposition abge-
lehnte ÖBB-Gesetz bestätigt und den von der ÖVP-Regierung be-
schrittenen Weg der Abgeltung betriebsfremder Lasten fortgesetzt.

Dieser Weg der wirtschaftlichen Vernunft hat sich bewährt.

Dank der Initiative von Generaldirektor Dr. Kalz wurde vom Vor-
stand ein 5-Jahres-Investitionsprogramm erstellt, welches in
Übereinstimmung mit dem Professorenengutachten die Durchführung
von arbeitssparenden Rationalisierungen zum Ziele hatte. Da-
durch wurde eine konsequente Absenkung des Personalstandes im
Rahmen der Pensionierungen und somit ohne soziale Härten einge-
leitet. Auch die Gewerkschaft konnte nach anfänglichen Wider-
ständen von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt werden.
Obwohl unter der sozialistischen Regierung eine langfristige
Investitionspolitik gemäß dem auch vom SPÖ-Verkehrsminister
genehmigten 5-Jahres-Programm an der mangelnden Bereitschaft

-2-

des Finanzministers scheiterte, gelang es dem Vorstand, den Bereich des Güterverkehrs kostendeckend zu gestalten.

Angesichts der geringen Bereitschaft der Regierung, den Schlagwörtern des SPÖ-Verkehrsprogrammes vom "Vorrang des Massenverkehrs" auch Taten folgen zu lassen kommt der betriebswirtschaftlichen Leistung des Vorstandes der ÖBB unter Generaldirektor Dr. Karl Kalz besonderes Verdienst zu. In Anerkennung dieser Leistungen und seines hohen Fachwissens wurde Generaldirektor Dr. Kalz auch zum Präsidenten des Internationalen Eisenbahnverbandes gewählt. Damit wurde erstmals einem Österreicher, diese hohe internationale Auszeichnung zuteil.

Umso unverständlicher muß die Erklärung im ORF erscheinen, mit der zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Verkehrsminister beabsichtige, den gesamten Vorstand der ÖBB mit Ablauf der Verträge per 13.6.74 neu zu besetzen. Da lediglich die beiden der SPÖ angehörigen Vorstandsmitglieder, jedoch weder Generaldirektor Dr. Kalz noch der gleichfalls der ÖVP angehörige Vorstandsdirektor Dr. Plätz, die Altersgrenze erreicht haben, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Verkehr die

A n f r a g e :

- 1.) Womit begründen Sie die politische Zwangspensionierung des derzeitigen Generaldirektors Hofr. Dr. Karl Kalz und des Vorstandsdirektors Hofr. Dr. Oskar Plätz?
- 2.) Weshalb haben Sie nicht vor Bekanntgabe Ihrer Absicht, der Bundesregierung keine Wiederbestellung des derzeitigen ÖBB-Vorstandes vorzuschlagen, dem Verwaltungsrat Gelegenheit zur vorherigen Stellungnahme gegeben?

-3-

- 3.) Ist es richtig, daß der frühere Verkehrsminister Frühbauer aus sachlichen Gründen für die Verlängerung der Vorstanderverträge eingetreten ist?
- 4.) Welche Kosten werden den ÖBB aus der erzwungenen vorzeitigen Pensionierung bis zur Erreichung des 65. Lebensjahres der beiden Vorstandsmitglieder erwachsen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.